

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebro

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebro: Frau Stauffmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebro — Banverein Arten.

Nr 20

Sonnabend, den 14. Februar 1931.

44. Jahrgang

Außenetat angenommen.

Am Stenogramm des Abgeordneten Dr. Weber (D. Staatsp.), ob die stehenden Abgeordneten der Rechte Urlaubsgeluche eingereicht hätten. Abg. W. Heiser (Soz.) protestiert gegen die Demagogie des nationalsozialistischen Antrags, die erparten Diäten den Ermerloslosen zuzuführen.

Präsident Weiser erwidert, daß Urlaubsgeluche nicht vorliegen. Im übrigen hätten die jetzt abwesenden Abgeordneten der Rechten am 1. Februar ihre Diäten für den Monat Februar erhalten, so daß bis jetzt kein Betrag erspart worden sei. (Die Strafgebühren werden erst am Ende gemacht.) Das Haus nimmt dann zunächst

den Antrag des Wirtschaftspartei angenommen, der eine Denkschrift über die bisher an den früheren Feindbund durchgeführten Zeitungen fordert. Entsprechend einem Antrag des Abg. Eiser (Ztr.) geht das Haus dann über die von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen zur Außenpolitik eingetragenen Anträge gegen Kommunisten und Landvolk zur Tagesordnung über.

Angenommen wird dann eine Entschädigung, die Maßnahmen fordert zur Befreiung des einseitigen, den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsdienstverweigerer Verlehrs durch Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen.

Einmütige Annahme fand die Entschädigung, durch ein Ausschusskomitee mit dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Weiser, die unter fremde Flagge gebaute „Rogland“ von der Meistbegünstigung ausgenommen werden.

Es folgt die namentliche Abstimmung über einen Antrag der Christlich-Sozialen und Konfessionen, der die Reichsregierung auffordert, baldmöglichst mit den beteiligten Mächten in die

Erörterung der Tribalklagen einzutreten. Der Antrag wird mit 314 gegen 46 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Ministergehalt wird gegen die Kommunisten bemittelt.

Es wird dann das Ergebnis der Schriftführerwahlen, die am 12. Februar vorgenommen worden sind, bekanntgegeben. Zu Schriftführern an Stelle der ausgeschiedenen Nationalsozialisten wurden gewählt die Abg. Meyes (Ztr.) mit 262 und Schneider-Berlin (Staatsp.) mit 260 Stimmen.

Die zweite Lesung des Reichshaushalts wurde dann beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrats fortgesetzt. Große Heftigkeit entsteht, als der Präsident als Berichterstatter den Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) auftritt und feststellt, daß er infolge seiner Nichtanwesenheit aus Wort verzieht.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium erklärt, daß er es nach der Verschärfung der Lage in Siegerländer Bergbau begründen würde, wenn sich die Weitergewährung der Unterstützung ermöglichen ließe, wie der Ausschuss dies auch vorgeschlagen habe. Zum Subventionenwesen erklärt der Redner dann folgendes: Es ist verständlich, daß in der heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage die Wünsche um staatliche Unterstützung sich mehr und mehr insbesondere jedes erfolgreiche Subventionenwesen neue Anträge auf staatliche Unterstützung im Gefolge hat. Dieser Zusammenhang und die Problematik des Subventionenwesens wurden hier wiederholt eingehend erörtert; man war sich besonders bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses im Jahre 1927 völlig klar darüber, daß Subventionen nur dort verantwortbar werden können, wo besondere außerwirtschaftliche Gründe sie rechtfertigen. Diesem vom Reichstag wiederholt mit aller Energie zum Ausdruck gebrachten Grundsatz hat auch das Reichswirtschaftsministerium bei Behandlung der verschiedenen Subventionenfolge gegeben. Es bemüht sich darum, Nebenlicht über die vielfach örtlich zerstreuten Subventionsmaßnahmen zu gewinnen und im

Zusatz daran auf die beteiligten Stellen im Sinne der so gekennzeichneten und vom Reichstag begünstigten allgemeinen Einstellung zum Subventionenwesen einzuräumen. Weiter betont der Redner, daß das Ministerium der wirtschaftlich richtigen Beurteilung der öffentlichen Aufgabe auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmen werde. Der Redner verweist ferner im Zusammenhang mit Fragen des mittelständischen Gewerbes auf jene fortwährenden Bemühungen zur Bekämpfung der sogenannten Schwarzarbeit und des Wettbewerbs der Regiebetriebe der öffentlichen Hand.

Abg. Tarnow (Soz.) erklärt, daß man für die Kritik die Regierung nicht verantwortlich machen könne, wenn es auch fraglich sei, ob sie alle Möglichkeiten zu ihrer Beeinflussung ausgenutzt habe.

Die Neugegestaltung der Osthilfe

Veränderte Gegebenheiten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsamt des Reiches und Preußens über die neue Osthilfe sind nunmehr zum Abschluß gekommen und werden demnächst vom Reichskabinett beraten werden. Dabei soll der Silberbergbau, nämlich die Ausbarmachung der Aufbringungsanlage aus der Industrie, zur Grundlage für die Entschädigung der Osthilfe genommen werden. In den Rechnungsjahren 1931 bis 1937 werden durch das Reich je 36 Millionen RM. für Entschädigungszwecke eingeleistet werden. In den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 werden ferner jeweils 50 Millionen RM. zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung eingeleistet. Ueber diese Maßnahmen wird ein besonderer Gehörtsentwurf vom Reichsarbeitsminister noch vorgelegt werden.

Bei der Entschädigung wird künftig Voraussetzung sein für die Gewährung eines Zuschusses oder einer Beihilfe, daß der Schuldner einen Teil seines Vermögens an das Reich zediert. Zur Durchführung und besseren Überwachung der Entschädigungsmaßnahmen sollen sogenannte Siedlungsverbände gebildet werden, in denen sich die Schuldner freiwillig oder auf Wunsch der Regierung zwangsmäßig zusammenschließen. Diese Siedlungsverbände haben nachher mit den Landstellen über die Wiederherstellung der Schuldner Landnutzungspläne aufzustellen, die der Genehmigung der Bank für Siedlungsbedingungen unterliegen.

Für die bisherigen Osthilfegebiete sind noch besondere Geldleistungen vorgesehen. Dazu gehört außer der landwirtschaftlichen Siedlung noch eine Lastenentlastung, d. h. Traghelerleichterung und Senkung kommunaler Lasten. Ferner wird die Reichsregierung für die Rechnungsjahre 1932 bis 1936 jährlich mindestens 20 Millionen RM. zur Behebung der wirtschaftlichen und gewerblichen Notlage zur Verfügung stellen. Hinsichtlich der Verbesserung der Finanzlage für landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten auf äußerster Verbilligung kann.

Die Darlehen, die bisher in diesen Osthilfegebieten zur Verfügung gestellt sind, werden bis auf den Zeitraum von 25 Jahren gegenüber bisher von 15 Jahren verlängert. Zum Bau von neuen Eisenbahnhöfen und Verkehrsstraßen ist ein Betrag von 150 Millionen RM. je nach Bedarf für die nächsten Jahre einzuhalten, der aus einer Rente genommen werden soll. Es sind bereits neue Bahnhöfen in Ostpreußen als auch in Oberhessen, Niederhessen und der Grenzmark Posen-Westpreußen projektiert. Schon bestehende Linien sollen zweigleisig ausgebaut werden. Die Landkreise sind verpflichtet, den zum Bau der Eisenbahnhöfen erforderlichen Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nur in besonders notwendigen Fällen soll hiervon abgesehen werden. Hinsichtlich der weiteren Verbesserung der Finanzierung des Aufbringungsgebietes einbringen.

Eine Erklärung der „Grünen Front“

Berlin, 13. Februar.
Zum dem Stand der Agrarfrage nimmt die „Grüne Front“ in einer Erklärung u. a. die folgende Stellung. Nachdem am 30. Januar nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen dem Reichsminister und der Grünen Front eine grundsätzliche Übereinstimmung über weitere landwirtschaftliche Hilfsmittel erreicht worden ist, erwartet die deutsche Landwirtschaft seit diesem Tage die Angliederung der in Aussicht gestellten Maßnahmen seitens der Reichsregierung.

Die Grüne Front wird sich in ihrem Kampf, der um eine gerechte Lage, nämlich um die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz von Millionen deutscher Bauern geht, durch noch so heftige Angriffe nicht betören lassen, gleichgültig von welcher Seite sie kommen mögen. Sie ist sich in ihren Forderungen stets der Solidarität der deutschen Bauernschaft mit den übrigen Berufsständen bewußt geblieben und wird bei aller Kampfschloffenheit auch in Zukunft von der Linie jadhler Besonnenheit nicht abweichen.

Die rechtzeitige Vermittlung ihrer sachlich begründeten Forderungen wäre für die deutsche Landwirtschaft von unschätzbarem Vorteil gewesen, während die verpöbelte Einseitigkeit und die unzulängliche Aufberechtigung der Ziele, die über die Arbeit der Grünen Front nach wie vor unklar urteilen, der deutschen Landwirtschaft sehr teuer zu stehen gekommen sind und gleichzeitig die Interessen anderer Berufsstände geschädigt haben.

„Arbi et orbi“

Botschaft des Papstes im Rundfunk.
Berlin, 13. Februar.

Kurz nach der angeforderten Zeit trat der Papst in der neueröffneten Funkstation der Vatikanstadt vor das Mikrofon, um in leichterer Sprache eine Botschaft an die ganze Welt zu richten, die von allen europäischen Sendern übernommen wurde. Er richtete seine Worte an die kirchliche Hierarchie, an die Ordensleute, die Missionare, alle Gläubigen und Ungläubigen und die bedrängten Brüder, an die Regierungen und ihre Völker, an die Reichen und Armen, die Arbeiter und Arbeitlosen, an alle Bedrängten und Notleidenden. Allen wünschte er den Frieden des Herrn und spendete ihnen den Apostolischen Segen.

Die Ansprache des Papstes, die etwa zehn Minuten dauerte, wurde nacheinander in die wichtigsten Weltfunkstationen übertragen. Vor der Ansprache des Papstes richtete Marconi, der die Vatikan-Funkstation eingerichtet hat, einige Worte an die Hörer, wobei er darauf hinwies, daß die Welt immer schon auf die Worte gehört habe, die von dieser Stelle aus gesprochen wurden, daß aber erstmalig die Welt diese Worte so gleicher Zeit vernahm.

Polizeiaktion gegen Nationalsozialisten

Hausdurchsuchungen in Geschäftsstellen und Führernwohnungen.
Berlin, 13. Februar

Nach einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums wurde in Erledigung eines in der Festlegungs-Schlichter-Gesetz, § 10 Abs. 2 Nr. 1, erlassenen Beschlusses des Reichsverwaltungsgerichts vom Landgericht I Berlin, Landgerichtspräsident Dr. Beckmann, eine Durchsuchung der Geschäftsräume des sogenannten obersten Stenographen, Hauptmann a. D. Siemes, seiner Privatwohnung sowie der Geschäftsräume des Gauleiters Berlin, Hedemannstraße 10, ferner der Wohnung des Gauleiters Berlin, der angereichten Mitarbeiter und Standartenführer und der für den Wohnbezirk der genannten Personen zuständigen Bezirks- und Sektionsführer der NSDAP, von Beamten der Politischen Polizei vorgenommen.

Die Durchsuchung bezweckte die Feststellung des Aufenthalts der genannten Bekehrer und Hausführer. Die Ermittlungen nehmen zur Zeit ihren Fortgang. Ihr Ergebnis kann noch nicht mitgeteilt werden.

Deutschnationale und Reichspartei

Eine offizielle Erklärung der DNVP.
Berlin, 13. Februar.

Die amtlichen Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei enthalten eine Stellungnahme zu der jetzt geschaffenen Lage, in der es u. a. heißt: Der Reichstag der Deutschen, sich an den weiteren parlamentarischen Arbeiten des Reichstags nur noch in besonderen Fällen zu beteiligen, bedeutet nicht, daß die Fraktion dem Haupte grundständig überhaupt fernbleibt.

Die Deutschnationalen werden im Parlament nur dann eingreifen, wenn eine Möglichkeit besteht, die Aufbaupolitik zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zu fördern, die Interessen der nationalen Wähler zu wahren oder verhängnisvolle Beschlüsse zu durchkreuzen. Angesichts der Notwendigkeit, mit der in der Regierungspraxis allen möglichen Gerichten über angebliche Schritte der nationalen Opposition Raum gegeben wird, muß darauf hingewiesen werden, daß die Opposition selbst bestimmen wird, was weiter zu geschehen hat. Die Fraktion wird von Fall zu Fall selbst entscheiden, welche Haltung sie dem Reichstag gegenüber einnimmt. Sie hat jetzt beschlossen, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses über die verheerliche Roggenentwertung der Regierung weiter tätig bleiben sollen, weil es sich bei diesem deutschnationalen Vorstoß darum handelt, die landwirtschaftlich-schädliche Mißwirtschaft der staatlichen Betriebe und in einem besonders trafen Fall den verhängnisvollen Einfluß des Marxismus auf die Regierung Brünning aufzudecken.

Das höhere Schulwesen in Preußen.

Eine Rede des Kultusministers im Preussischen Landtag.
Berlin, 13. Februar.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags äußerte sich Kultusminister Gimmie über das höhere Schulwesen. Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates seien Verschonungsmaßnahmen auch im höheren Schulwesen nicht zu vermeiden. Die Frage könne nur sein, wie man solche Sparmaßnahmen vermeiden könne, die pädagogisch und bildungspolitisch überaus schädlich seien, wie etwa die Erhöhung der Klassenfülle und der Pflichtstundenzahl.

Es sei zu prüfen, ob nicht eine Sinausschiebung der dienstlichen Entlastung für ältere Lehrer und eine Herabsetzung der Wochenstunden für die Schüler Sparmaßnahmen seien. Die Aufbaupolitik, deren Wert verächtlichst ange-

zweifelt worden sei, hätten Erfolge aufzuweisen, die den durchschnittlichen Leistungen der grundständigen höheren Schulen in keiner Weise nachstünden.

Der Minister kündigte einen Erlass an, der eine höhere Zulassung in den höheren Schulen zur Pflicht macht. In die unterste Klasse der höheren Schulen würden von Eltern ab die Aufnahmen nur noch unter Vorbehalt der Bewährung in den ersten halben Jahren erfolgen. Auch für die weiteren Klassen neue Vorarbeiten getroffen worden, die eine stärkere Zulassung der Schüler gewährleisten. Ferner werde die Aufnahmeprüfung bei dem Übergang von der Grundschule in die mittleren und höheren Schulen grundständig abgelehnt. Nur wo die Zahl der Befähigten die Zahl der verfügbaren Plätze übersteige, könne der hierfür vorgesehene Ausschuß nochmals eine Aufnahmeprüfung vorsehen.

Englands erste Finanzlage.

Mittrauensantrag gegen das Kabinett Macdonald abgelehnt.

London, 13. Februar.

Im Unterhaus wurde der konservative Mittrauensantrag gegen das Kabinett Macdonald mit 230 gegen 235 Stimmen abgelehnt. Der liberale Zusatzantrag wurde mit 468 gegen 21 Stimmen angenommen.

Schatzkanzler Snowden erklärte mit Nachdruck, man dürfe sich nicht verheßen, daß die Finanzlage Englands sehr ernst sei.

Es könne kein Geheimnis daraus gemacht werden, daß der Haushalt in diesem Jahre voraussichtlich einen hohen Fehlbetrag aufweisen werde.

Kein Staatsbankrott der Welt sei den unehrerblichen Anforderungen gewachsen, die durch die vermehrte Arbeitslosigkeit im Laufe des letzten Jahres entstanden seien. Was komme darauf an, die gegenwärtige Krise zu überwinden. Hierzu müßten zeitweilige Opfer gebracht werden, um wirksame Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Ausgaben müßten eingekürzt werden.

Weiter kam Snowden auf die Kriegsschuldenerfrage zu sprechen und betonte, England habe eine ganz ungeheure Kriegsschuldenslast. Wenn einmal von der Geschichte unterrichtet werde, mit welcher Unverantwortlichkeit und Leichtfertigkeit diese Schuldverpflichtungen eingegangen worden seien, dann würden die verantwortlichen Personen lieber dem Tode durch die Raschheit anheimfallen.

Zulezzi gegen Grenzrevision

Warschau, 13. Februar.

Außenminister Zulezzi erteilte gestern dem Auswärtigen Ausschuß des Senats einige Auskünfte über die außenpolitischen Fragen. Zulezzi betonte abermals, daß die Grenzrevision unbestätigt sei. Der Minister berichtete sodann, daß seit einiger Zeit polnisch-russische Beziehungen über einen Nichtangriffspakt geführt würden. Polen sei im übrigen bereit, den Litwinow-Pakt zu erweitern. Der Minister demotivierte dann energisch die Gerüchte über eine Beteiligung Polens an einer angeblichen Antikominternkonferenz. Es sei die Nachricht vom Blane Ribbicki, daß Korridor gegen Litauen ausgetauscht, aus der Luft gegriffen. Kommerzien sei in seiner Mehrheit von Polen befehligt und gegenüber Litauen bestrebe feindliche Espionagespionage. Zulezzi nannte dann das Gensler Ergebnis eines polnischen Erfolgs, was schon daraus hervorhebe, daß die wichtigsten Forderungen Deutschlands berücksichtigt geblieben seien.

Deutsche Tageschau.

Freid dementiert

Wien, 13. Februar.

Auf eine Anfrage, ob in absehbarer Zeit die Pressenotwendigkeiten zufolge geplante Rundgebung der nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten in Wien stattfinden würde, erklärte Staatsminister Dr. Freid, daß an eine derartige Veranstaltung gar nicht gedacht werde. Dagegen würden nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete in den nächsten Tagen in ganz Deutschland Versammlungen abhalten.

Schiffverkehrsverhandlungen mit Panama gefordert. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat vom Haushalt des Auswärtigen Amtes eine Entschädigung eingebraucht, die die Reichsregierung erlaubt, sofort in Verhandlungen mit Panama über ein Zulassungsabkommen zu dem 1927 unterzeichneten Handels- und Schifffahrtsvertrag einzutreten, um die Möglichkeit zu schaffen, Schiffe wie den unter fremde Flagge gebrachten Dampfer „Hogland“ von der Weißfluggesellschaft auszunehmen.

Mittrauensantrag gegen Curtius abgelehnt.

Der Reichstag hat den kommunistischen Mittrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius mit 265 Stimmen gegen 87 Stimmen der Kommunisten und des Landvolks bei 29 Enthaltungen der Wirtschaftspartei und der Nationalen abgelehnt. Damit war auch der Mittrauensantrag des Landvolks gegen den Außenminister erledigt. Das Haus beschloß ferner, über den deutschnationalen Mittrauensantrag gegen Dr. Curtius zur Tagesordnung überzugehen, da ja die Antragsteller selbst nicht einmal amendelein.

Einigungsverhandlungen über die erhobene Umsatzsteuer.

Berlin, 13. Februar. Die vorläufige Räumigung des zwischen dem Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser und der Schuggemeinschaft der Großbetriebe des Einzelhandels einerseits und den Spitzenverbänden der Industrie und des Großhandels andererseits geschlossenen Waffenstillstandsabkommens, betreffend erhobene Umsatzsteuer, hat zu neuen Verhandlungen zwischen den beteiligten Gruppen geführt. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Es besteht Aussicht zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens mit dem Ziele einer endgültigen Verständigung und Vereinigung aller zwischen diesen Gruppen schwebenden Fragen.

Hafenarbeiter-Schiedspruch angenommen.

Die Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Hamburger Hafenarbeiter-Schiedspruches ergab heute Dreiermehrheit für einen Erfolg, so daß der Schiedspruch als angenommen gilt. Auch die Arbeiter haben sich für die Annahme des Schiedspruches erklärt. Damit ist der Arbeitsfriede im Hamburger Hafen vorläufig gesichert.

Polnische Spione in Oberhessien verhaftet.

Durch Kenntnis des Polizeipräsidenten Oppeln und der kommunalen Polizei verhaftet wurden in einer gewöhnlichen Geschäftswirtschaft zwei Männer, die in einem Briefkasten, in dem sich ein Reichsbewehrungsdatensatz mit militärischen Papieren in Empfang zu nehmen. Es handelt sich um einen polnischen Staatsangehörigen aus Kationitz und einen Reichsbewehrungsdatensatz aus Giesmick. Die Verhafteten wurden nach eingehendem Verhör dem Gerichtsgefängnis Ratibor zugewiesen.

Auslands-Rundschau.

Vollhafter von Soehs bei Briand.

Vollhafter von Soehs hatte eine Unterredung mit Außenminister Briand. Der „Recht Parisien“ will wissen, daß sich die Unterredung zum großen Teil auf die letzten Reden Dr. Brüning und Dr. Curtius bezogen habe. Vollhafter von Soehs habe sich persönlich über den Einbruch unterrichten wollen, den die Ausführungen der beiden Staatsmänner in Frankreich gemacht hätten. Ferner habe man über die fälschlicherweise „deutsche Anleihe in Frankreich“ genannte Lombardierung der Reichsbahnvorzugsanleihen gesprochen. Deutscherseits erklärt man dagegen, daß der Besuch des deutschen Vollhäfters in seinem Zusammenhang mit der Rede des Reichsaussenministers gesehen habe.

Wirtschaftsfront gegen Rußland.

In Ottawa wird unter der Hand bekanntgegeben, daß Kanada die Einfuhr von russischen Rohstoffen verbieten wolle. Eine ähnliche Beschränkung dieser Rohstoffe war noch nicht erlassen. Es verlautet jedoch, daß der kanadische Premierminister Bennett während seines letzten Besuches in Washington mit den amerikanischen Behörden die Möglichkeit einer Zusammenarbeit erörtert hat, um gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen die wachsende russische Konkurrenz und die zunehmende Einfuhr russischer Waren zu treffen.

Italienische Zustimmung zur Abrüstungsrede Hendersons.

Rom, 13. Februar. „Messaggero“ gibt ausführlich die Rede des britischen Außenministers Henderson über die Abrüstung wieder und betont, daß die Ansichten des englischen Außenministers vollkommen den von Mussolini und Grandi verkündeten Grundlinien der italienischen Regierung entsprechen. Tatsächlich stelle die den besiegten Staaten durch die Friedensverträge aufgewungenen Enttäufung den Ausgangspunkt für die Abrüstung eines jeden Weltkrieges dar.

Ratifizierung des griechisch-türkischen Vertrags.

Athens, 13. Februar. Die türkische Nationalversammlung hat den kürzlich abgeschlossenen Vertrag und Abkommen mit Griechenland ihre Zustimmung erteilt.

Rückgang des amerikanischen Einkommensteuereintrages.

Nach den Schätzungen des amerikanischen Schatzamtes wird sich der Einkommensteuereintrag im ersten Vierteljahr 1931 auf ungefähr 460 Millionen Dollar belaufen. Im Vergleich mit der entsprechenden Zeit des Jahres 1930, die 560 Millionen Dollar ergab, während im gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1929 sogar 601 Millionen Dollar Einkommensteuer bezahlt wurden, bedeutet der Ertrag für 1931 einen ganz erheblichen Rückgang.

Kleine politische Meldungen.

Deutsch-polnische Abkommen in Warschau veröffentlicht. Im polnischen Verordnungsblatt sind die letzten von Sejm angenommenen drei deutsch-polnischen Abkommen veröffentlicht worden. Es sind dies das Aufwertungsabkommen vom 5. Juli 1928, ferner das Wandertier- und das Sportfischabkommen vom 14. Dezember 1928.

Die Stärke der englischen Marine. Nach Beendigung des gegenwärtigen Bauprogramms wird die englische Marine, wie der Erste Lord der Admiralität dem Unterhaus versichert, die Kreuzer besitzen. Keiner der Kreuzer werde älter als 20 Jahre sein.

Zwei Milliarden Dollar Fehlbetrag in Amerika. Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Schatzamt, Cabot Mills, erklärte, daß er den Fehlbetrag des laufenden Rechnungsjahres auf 500 Millionen Dollar schätze.

Die Friedensauswäusen in Indien. Gandhi hatte mit dem Hindubühler Schritt eine längere Befreiung der man in Indien größte Bedeutung beimisst. Die Auswäusen auf einen politischen Frieden sollen sich wesentlich gebessert haben.

Aus der Umgegend

Nebra, 14. Januar.

Passionsgottesdienste. Am Mittwoch kommenden Woche beginnen die diesjährigen Passionsgottesdienste. Sie nehmen in diesem Jahre schon am Abendmittwoch ihren Anfang, weil der Mittwoch der nächsten Woche durch den Missionsfilm: „Gottes Wunderbarkeiten unter dem Batakoof in Sumatra“ belegt ist. Die Passionsgottesdienste beginnen jetzt um 8 Uhr und finden im Gedächtnis statt. Die Eintrittskarten für den Film werden demnächst angeboten werden (Erschließung 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.). Der Gemischte Chor hat für den Filmabend seine Mitwirkung wieder freundlichst zugesagt.

Der Freiwilligen Feuerwehrgesellschaft gehört der morgige Sonntagabend, sie bezieht im „Preußischen Hof“ 57. Stiftungsfest. Ein schönes Alter hat die Wehr erreicht, sie darf auf manche Großtat zurückblicken. Immer ist es der Führung gelungen, in bestem Einvernehmen mit der Stadtverwaltung und der Bürgerchaft die Wehr zu führen, ihre Vereinfachung zu fördern, so daß jeder Bürger sorglos sich schlafen legen darf. Die Wehr ist kein Vergnügungsverein, aber einmal im Jahre reißt sie auch dem Großfilm die Sand und feiert mit der Bürgerchaft zusammen im Stiftungsfest. Das ist am Sonntag wiederum der Fall. Für Unterhaltung ist durch Mitwirkung unseres Stadtvorgeschalteten und durch Einbindung des diesjährigen Volksfestes: „Der Bettelmann“ aufs Beste gesorgt. An der Bürgerchaft liegt es nun, durch ihren Besuch der Wehr und ihrem Kommando zu zeigen, wie hoch ihre Hilfsbereitschaft eingeschätzt wird.

Die kirchliche Schützenvereine hält wie alljährlich am Schluß der Fastenzeit einen Fastenschützenball ab. Ende gut — alles gut. Die immer frohen Schützen werden schon dafür Sorge tragen, daß dies wahr wird und Gäste haben die Gewißheit, frohe Stunden inmitten der Schützengilde genießen zu können.

Maskenball in Vignenburg. Die Fastenzeit geht ihrem Ende entgegen. Die vielfältigste Sorge, die politischen Wirren, das Ungeheiß über die Zukunft hat, obgleich die Menschheit diesmal nicht so frohlich werden lassen wie in anderen Jahren, als der Taler röhren wüßte von dem einen zum andern, immerhin aber wäre es ein verheerender wirtschaftlicher Standpunkt, wollten wir die Köpfe noch tiefer bängen lassen und nur an die Sorgen des Alltags denken. Ein frohgestimmter Mensch wird immer leichter die Sorgen überwinden als ein griesgrämiger, sich von der Welt abschließender,

und um jedem Gelegenheit zu bieten, einmal unterzulassen in der Welt des Großfilms und der Seierheit, sich neuen Lebensmut und Kraft für evtl. noch schwerere Zeiten aufzuspielen, findet am Sonntagabend im Wirtschaftsmuseum Saale in Vignenburg ein großer Maskenball statt. Geleitete Musik, drohliche Orgel- und Redereien der zahlreichen Masken unter sich werden bald eine frohe Stimmung schaffen und die Teilnehmer — tollkühner ebenso wie Zuschauer — glauben lassen, sie seien in einem Schlaraffenland zugeleitet.

Verabschiedung der Reichsbahnabgebühren. Die der Amtliche Preussische Preisbescheid der Antwort des Preussischen Landwirtschaftsministers auf eine Kleine Anfrage eines Landtagsabgeordneten entnimmt, ist entsprechend der Räumung der Beamten- und Angestelltenbezüge eine etwa 6prozantige Senkung der Normalunterstützungsgebühren im Sinne des § 65 der Preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsbahnabgabegesetz durch Erlass vom 6. Januar d. Js. mit Wirkung vom 1. Februar angeordnet worden.

Bodenschwamm-Gedächtnis in den Schulen.

In einem Erlass weist der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung darauf hin, daß sich am 6. März 1931 zum 100. Male der Geburtstag Friedrich von Bodenschwamms feiert. „Ich halte es für selbstverständlich“ — führt der Minister aus, — daß an diesem Gedenktage der Jüngerer Mission im evangelischen Religionsunterricht aller mit unterrichteten Schulen des ehrwürdigen Mannes und seines großen Verdienstes in würdiger Weise gedacht wird.

Reichsbahnschulung. In der Volkshochschule Colbern bei Eßdorf findet vom 8. April bis 8. Juli ein Lehrgang für junge Mädchen statt. Während dieser die Sommerferien in der Erntezeit fallen, sind dieses Jahr die Monate im Frühjahr dafür angelegt, um auch solchen jungen Mädchen, die in der eiligen Zeit im Hause unauskömmlich sind, die Teilnahme zu ermöglichen. Dadurch, daß der Kurs etwas länger ist, wird er außerdem erheblich billiger. Die Kosten betragen 300.— RM, einschließlich Unterkunft, Verpflegung und Genossenschaftsanteil.

Bezirksleiterkongress Naumburg 1931.

Die Bezirksleiter und Landwirte der Kreise Merseburg, Naumburg, Querfurt, Saalfeld, Weiskens und Zeitz (Bezirk des Tierzuchtvereins Naumburg) sowie die Mitglieder der Pflanzgenossenschaft Butlersroda haben den endgültigen Beschluß gefaßt, am 27. und 28. Juni 1931 in Naumburg eine Bezirksleiterkongress durchzuführen. Ausgestellt werden sollen Rotblutpferde, Warmblutpferde, Söhne eisiger Pferde, schwarz-blaue Tielanderrinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Geflügel und Kaninchen. Eine Ausstellung landwirtschaftlicher Produkte, Maschinen und Geräte wird angegliedert. Das Naumburger Handwerk hat seine Beteiligung in Aussicht gestellt. Besördert wird die Gesellschaft des Reit- und Fahrturniers. Die feste Schaulustigheit legt sich zusammen aus den Herren Rittergutsbesitzern D. Saenger-Bengelsdorf, F. Schumann-Starkefeld, Seibde-Jöhren, Gutsbesitzer Hans Schneider-Wilken, Domänenpächter H. Schele-Schladebach und Tierarztinspektor S. Kapf-Salle a. S. Die Gefährdung der Bezirksleiterkongress ist dem Tierzuchtamt Naumburg in Halle a. S., Ackerstraße 7, übertragen worden. Sämtliche Anfragen sind an diese Stelle zu richten.

Städtische Missionenkonferenz.

Am 5. März 1931 fand die Missionenkonferenz der Stadt Naumburg statt. Die Missionenkonferenz der Stadt Naumburg trat in Halle die Missionenkonferenz für die Provinz Sachsen zusammen. Sie wurde auch in diesem Jahre zu einem Ergebnis. Missionare, Missionsinspektoren und Vertreter der Missionsvereine nahmen teil und hielten Vorträge, wodurch sehr interessante Einblicke vermittelt wurden. Auch die herliche Verbundenheit von Heimat- und Missionsgemeinden trat deutlich in Erscheinung.

Ferienreisen 1931 der Schüler-Akademie.

Auf Grund des großen Beifalles, den die Schüler-Akademie mit ihren seit Jahren veranstalteten, allgemeinen zugänglichen Studienreisen gefunden hat, bringt sie im Rahmen ihrer tatsächlichen Arbeit auch 1931 wieder eine Reihe solcher Fahrten unter besser wissenschaftlicher Leitung und Führung mit günstigem Ausganspunkten. Neben den Heimatsfahrten verdienen besonderes Interesse eine Osterreich nach Gyllen und Sommerlandsfahrten nach Dalmatien, Osterreich, Ungarn, England, Frankreich, Norwegen, Schweden und Dänemark, sowie zwei Studienreisen im Herbst nach Spanien, mit Ausflug nach Marokko, und nach Athen-Konstantinopel zu überaus günstigen Bedingungen. Die Verwaltung der Schüler-Akademie, Münden-Grünwald, verordnet gegen 15 Pfennig Porto ausführliche Beschreibung dieser ebenso interessanten als billigen, alleits unterstützten Fahrten.

Röfchen. [Vorübergehende Schachfüllung.]

Die allernäher wirtschaftliche Notlage zieht immer weitere Kreise. Bisher war unsere Gegend von der großen Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering betroffen. Amio niedrigerder ist die nunmehr feststehende Tatsache, daß sich die Gewerkschaft Vorleben infolge Abschaffung und Ueberfallung der Lagerzettel mit Dingsfallen gezwungen sieht, den Betrieb vorübergehend einzustellen. Ein Stilllegungsantrag ist der Regierung in Merseburg eingereicht. Von dieser Notmaßnahme werden etwa 500 Mann der Belegschaft betroffen. Ueber die voraussichtliche Dauer der Stilllegung lassen sich Vermutungen noch nicht aufstellen, sie richtet sich ganz nach der Weiterentwicklung des Abfahes.

Sangerhausen. [Schwere Schlägereien nach einem Fußballspiel.]

Zu folgenheweren Zusammenstößen ist es am Sonntag nach einem Fußballspiel auf dem hiesigen Sportplatz des Ball-Sport-Clubs auf dem Brühl gekommen, die mit Beendigung des Spieles zu schweren Schlägereien ausarteten, wobei hunderte von Sangerhäuser Jugendlichen auf die Nordhäuser Gastmannschaft eindrangen und bin der robbelsten Weise, ohne auch nur irgendwenn einen Anlaß zu haben, auf die Spieler einschlugen und dieselben zum Teil schwere Verletzungen beibrachten, so daß die Polizei zu Hilfe und zum Schutze herbeigerufen werden mußte. Auf dem Sportplatz fand ein Fußballspiel auf dem Gaumetierplatz des Ruffhäuser-Gamtes zwischen dem S.B.C.-Sangerhausen und dem S.B. Wader-Nordhausen statt, zu dem etwa 700 Zuschauer erschienen waren.

Merseburg. Vergleichsentscheid.

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend e. G. m. b. H. in Merseburg hat nunmehr den Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens gestellt. Der Status der Genossenschaft dürfte inaktens in der nächsten

Woche vorliegen. Es fand bereits eine Besprechung mit den Beisetzern über die Frage der Weiterbefreiung der Genossenschaft statt.

Galle. Pflichterfüllung des **MR-Direktors?** Der Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle sowie der Abteilungsleiter Kaufmann werden von den kommunikativen Vorstandsmitgliedern der **VR** beschuldigt, unbefugt offenbart zu haben, was ihnen in amtlicher Eigenschaft über die Krankheit eines Versicherenden bekannt geworden ist (Berichte gegen § 141 der **VR** in Verbindung mit § 61 St. G. B.). Die Kommunisten sind diesbezüglich bei dem Vorliegenden des hiesigen Versicherungsamtes, Oberbürgermeister Dr. Klotz, vorbestellt geworden, bei der Anzeige an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet hat.

Deuben. Grubenstilllegung. Wie man hört, sollen am 1. März alle hiesigen Gruben stillgelegt werden bis auf zwei, und zwar die Grube „Marie“ und die Grube „von Wob“.

Torgau. Jahrsärztliches Verzeichnis. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Torgau wurde die auf dem Schürminger Friedhof beigelegte Leiche des landwirtschaftlichen Arbeiters **Wernke** wieder ausgegraben; Wernke war an einem Jahrleiden erkrankt. Durch gerichtliche Untersuchung soll festgestellt werden, ob der Tod auf ein Verfallsdatum des Benzinens zurückzuführen ist, der den Verstorbenen behandelt hatte.

Talferberg. Kommunales Landungs- und Güterhier für eine kommunalpolitische Landung. Hier sind die hiesigen Landbinden der Provinz Sachsen umgrenzten Gebiete Torgau, Liebenberg, Schwernitz und Wittenberg. Die hier sind von etwa 500 Kreistagsabgeordneten, Gemeindevorsteher, Magistratsmitgliedern, Schöffen, Stadtverordneten und Gemeindevorständen der vier Landbinden beauftragt. Dr. Alexander Zimmermann (Stammort Torgau) sprach über die bevorstehenden Haushaltspläne (die Erparmaßnahmen und die für die Gemeinden und Kommunalverbände bedeutsamen neuen Gesetzesbestimmungen und Anordnungen). Er forderte eine noch präzisere Einrichtung des Kreisbauamts als bisher und wünschte, daß der Brauch anderer Kreisbauämter, die Unterhaltungsbedürfnisse die Unterhaltung nicht nur in baren Geld, sondern auch in Naturalien zufommen zu lassen, allgemein Platz greifen möchte.

Tessen (Ester). Schlimme Familienverhältnisse. Zu der blutigen Schlägerei in der Nacht zum 2. Februar, bei der der 48 Jahre alte Fabrikant **Otto Braedel** durch Schläge mit einem schweren Gewichtstüch erhebelich verletzt wurde, während sein Schwiegerbruder, der 42jährige Droger **Bruno Wille**, von ihm durch einen Stiefschlag in die rechte Schulter niedergestreckt wurde, wird noch folgendes berichtet: Die jetzt 23 Jahre alte Waise **Elisabeth Braedel**, Maria Ida Grothe, die mit Wille verheiratet ist, gibt an, daß sie von ihrem jetzigen Adoptivvater seit ihrem 13. Lebensjahr gesungen worden sei, diesem immer wieder zu Willen zu sein. Die Unterstufung der Torgauer Staatsanwaltschaft bemerkt sich nunmehr in dreifacher Richtung. Zunächst handelt es sich um die Schlägerei, wobei zu prüfen sein wird, ob **Mord** oder **Fehl** vorliegt, weil sowohl **Braedel** als **Wille** sich gegenseitig in wüsten Drohungen ergingen und gegenseitig vor einander polizeilichen Schutz erbeten hatten. Am schwersten wiegt, daß die Staatsanwaltschaft eingehend den Sachverhalt feststellen muß, bezugnehmend auf **Braedel** und seine zehn Jahre ältere Schwester **Anna**, und schließlich ist festzustellen, ob **Braedel** einen seiner Arbeiter zum Mord zu verleiten versucht hat.

Halberstadt. Bis nach Afrika. Die Halberstädter Wurst- und Fleischwarenwerke **Heine & Co. A.-G.** haben in **Adis Abeba** (Abyssinien) und in **Djibouti** (französisches Somaliland) Zweigniederlassungen errichtet, um das Exportgeschäft nach Afrika in verstärkter Weise betreiben zu können.

Bernierode. Die Sanierung des fürstlichen Stolbergischen Vermögens. Die fürstliche Stolbergische Verwaltung ist damit beschäftigt, mit aller Energie eine wirtschaftliche Gestaltung des fürstlichen Vermögens durchzuführen, um die durch unglückliche industrielle Verteilungen der Verwaltung eingetretene Illiquidität bezw. die Schulden nach Möglichkeit zu vermindern. Diese Aufgabe ist bei dem großen Vermögensverlust des Fürsten sehr schwer. Neun Domänen und zwei Forstreviere wurden bereits veräußert. Der Fürst, der kein Vermögen an seinen Sohn, den Erbprinzen, abgetreten hat, hat sich in eine Villa in Schierke zurückgezogen, und da auch der Erbprinze in einem Hause am Burgberg wohnt, ist das Schloß vollkommen unbewohnt. Es ist nun auch in seinen Innenräumen zur Verfügung frei.

Domersleben. Ein ganzes Haus für 80 RM. Hier kam ein Einmischungsbescheid, das aus verfahrensmäßigen Gründen abgelehnt werden soll, zur Verfügung. Es hatten sich zu dieser Verfügung auch einige Interessenten eingeschrieben, die „fahelhaft“ Angebote abgaben, das niedrige war fünf Reichsmark das höchste aber acht Reichsmark. Der Zuschlag wurde dem höchstenbietenden, einem Bauunternehmer, erteilt.

Deffa. Die beiden anhaltischen Landtagsabgeordneten **Gunther Deffa** und **Margarethe Deffa**, die von Hausberg in den Landtag gewählt worden waren, haben im Zusammenhang mit der gegen sie schwelenden Untersuchung wegen Bestechung durch den Direktor der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz ihr Mandat niedergelegt. Mit dieser Mandatsniederlegung verbandelt sich die bisherige Mehrheit des Anhaltischen Landtages in eine Minderheit, da Günther und Margarethe während der letzten beiden Jahre mit den Sozialdemokraten und Demokraten stimmten, wodurch eine Mehrheit von einer Stimme gegenüber der Rechten und der Kommunisten entstand.

Neues aus aller Welt.

Leipzig:

Bei einer nationalsozialistischen Kundgebung in den Rheinold-Sälen in Leipzig kam es nach einer Rede des Kapitänleutnants von Killinger zu einem Zusammenstoß zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Versammlungsteilnehmern. Dabei wurden zwei Nationalsozialisten und sechs Kommunisten ernstlich verletzt. Die polizeilichen Ermittlungen zur Klärung der Schuldfrage sind noch im Gange.

11 Gebäude durch Großfeuer eingeebnet. In dem Dorfe **Roßdorf** bei Köthen brach in der Nacht zum Sonntag ein Feuer aus, das sich infolge des herrschenden Sturmes sehr schnell ausbreitete. Trotz der Bemühungen der Feuerwehren, die aus den Nachbardörfern herbeigekommen waren, gelang es nicht, dem verheerenden Schadenverursacher Einhalt zu tun, das 11 Gebäude, darunter die Schule, einäscherte. Der Schaden ist sehr groß, da die Betroffenen nur gering oder gar nicht versichert waren.



Bei allen Hausfrauen beliebt wegen ihrer Güte ist



Durch Einatmen von Aussenluft aus dem Leben genommen. In einer Garage in der Berliner Straße in Potsdam war der Kraftwagenführer **Kim** mit der Handbremse festes Wagens beschäftigt. Er ließ nach der Arbeit den Motor noch einige Zeit zur Probe laufen. Kurze Zeit später folgte klar über heftige Kopfschmerzen und Uebelkeit. Dem herbeigerufenen Arzt gelang es nicht, **Kim** am Leben zu erhalten. Einatmung der giftigen Aussenluft war die Todesursache.

Sturm und Schneeverwehungen im Schwarzwalde. Freiburg i. Br., 13. Februar. Im Schwarzwalde herrscht ein heftiger Südweststurm mit starken Schneefällen. Vom Feldberg wird eine Sturmflut von über 23 Gefunden gemeldet. Der Schnee liegt dort über zwei Meter hoch. Schneeverwehungen haben vielfach erhebliche Verkehrsstörungen zur Folge. Auf der Drei-Seen-Bahn, die von Titisee nach Seebitz fährt, wurde infolge der Verwehungen der Verkehr lahmgelegt. Er wird mühsam mit Schritten aufrechterhalten.

Falschmünzverstecke in Düsseldorf festgenommen. Wegen Münzverbrechens wurden sieben Personen, darunter eine Frau, festgenommen. Die sämtlich in Düsseldorf wohnen. Sie sind überführt und gefänglich seit etwa Oktober vorigen Jahres falsche Münzprägungen, ein Zwei- und Fünfmarkstück teils hergestellt und teils in den Verkehr gebracht zu haben. Das hergestellte Falschmünz in allen Stadtteilen Düsseldorfs sowie in Hilden und Unterbach verbreitet worden. In den Wohnungen der Festgenommenen und an anderen Stellen wurden noch eine große Anzahl falscher Fünfmarkstücke vorgefunden und beschlagnahmt.

Brand in einem Tanzpaillon. In einem Tanzpaillon im Garten des 16. Quartiers „Altenpark“ in Barmbeurg brach ein Feuer aus, das glücklicherweise nur geringen Brandschaden anrichtete. Der Herd des Brandes lag in dem im Garten befindlichen Tanzpaillon, der während der Wintermonate vollkommen verlassen ist. Dank dem sofortigen Eingreifen der Feuerwehr konnte der Brand gelöscht werden, noch ehe die Flammen größeren Schaden anrichteten.

Ueberrumpelungsstafette in Rumänien. Die untere Donau führt jetzt schon wieder, wodurch eine große Ueberrumpelungsstafette an der Wundung verurteilt wurde. Die unmittelbar vor dem Donaudelta liegende Stadt **Wilkom** ist von der Luftwelt abgegrenzt und hat telephonisch Hilfe erbeten. Mehrere 100 Häuser sind in der Stadt eingestürzt. Militärische Hilfe ist bereits nach dem Ueberrumpelungsgebiet unterwegs. Menschenverluste werden bisher nicht gemeldet. Desgleichen kommen Nachrichten aus der Stadt **Jamul**, wo der Wasserstand der Donau um vier Meter gestiegen ist.

Zwei Tote bei einem Einsturzunfall. Auf der Zeebe Mont **Genis** führte ein Gerüst zusammen, auf dem vier Arbeiter beschäftigt waren. Drei von ihnen führten aus einer Höhe von 16 Metern die Erde. Während zwei von ihnen auf der Stelle den Tod erlitten, wurde der dritte in lebensgefährlichem Zustand in das Bergmannsheim in Bochum eingeliefert. Der vierte Arbeiter konnte sich bei dem Zusammenbruch des Gerüsts noch rechtzeitig festhalten und kam mit dem Schreden davon. Die tödlich Verunglückten sind verheiratet und hinterlassen mehrere Kinder.

Das Zentrum des neuseeländischen Erdbebens im Meer? Das große Erdbeben in Neuseeland hat, wie eine Prüfung aus dem Flugzeug ergab, sein Zentrum offenbar im Meer, vierzig Meilen nördlich von **Napier**, gehabt. An der ganzen Küste sind große Landrutsche eingetreten; der größte von ihnen ist bei **Waikari** und erstreckt sich über eine Länge von 1,75 Kilometer und eine Breite von nahezu einem Kilometer. Die dort wohnenden Menschen sind dem Gewalt des Bebens am argsten.

Ein Schwindler gefasst. Die **Trierer** Kriminalpolizei konnte infolge der Vernehmung der Geschäftsstelle des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes einen Betrügler festnehmen, der bereits in Koblenz bei der Geschäftsstelle des **DHJ**, vorgeproben hatte und hieneilte junge Kaufleute, möglichst mit **Witru**, ludte, um sie in den Journalistenberuf einzuführen. Er gab sich u. a. als Vertreter des preussischen Nachrichtenendienstes aus und behauptete, er werde die besten jungen Journalisten in hiesigen Stellen unterbringen. Dann ließ sich eine Vermittlungsgebühr bezahlen. In Koblenz und Trier sollte je eine Geschäftsstelle dieses Nachrichtenendienstes aufgemacht werden. In Koblenz gelang es ihm, einige Beträge zu erschwindeln, während es in Trier bei dem Versuch blieb.

Die Paratypischeuche bei London. Die Zahl der Paratypischeuche in **England** hat sich auf 50 erhöht. Weitere 30 Personen werden beobachtet. Bisher sind 4 Personen gestorben. Bei Beginn der Seuche wurden hauptsächlich Kinder davon betroffen, jetzt ergreift die Krankheit auch Erwachsene. Eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen mußte abgelehnt werden.

Heftiger Sturm über England. Heber dem Kanal und über ganz England herrscht ein heftiger Sturm. Man befürchtet, daß eine Segeelbarke mit ihrer ganzen Beladung verlorengeht. Es wurde gemeldet, daß sie mit gebrochener Masten im Kanal unterbreite. Aus **Borstmouth** ausgegangene Schlepper und Rettungsboote konnten aber nichts finden. Sämtliche Dampfer hatten außerordentlich große Verstopfungen. Als der Dampfer „**Antwerp**“ aus **Calais** in **Dover** eintraf, stellte man fest, daß zwei Räume des Schiffes vollständig überflutet waren. Die Wellen im Kanal waren nach Aussage der Seeleute 10 Meter hoch. In **Folkestone** wurden Radfahrer von ihren Rädern heruntergeworfen. Die englische Fliegerin **Ann Johnson** ist trotz des Sturmes von ihrem fliegenden Disfantenflug mit dem Flugzeug nach **England** zurückgekehrt.

Erdbeben in Portugal. Heftige Erdbeben haben unter der Bevölkerung von **Camus** in der portugiesischen Provinz **Estremadura** eine große Panik hervorgerufen. Das Beben war von anhaltendem unterirdischen Donner begleitet. Schäden wurden, soweit bekannt, nicht angerichtet.

17 Pferde und 77 Kinder verbrannt

Bärenhoff (Wormmern). 13. Februar. In einem Stallgebäude des benachbarten **Gutes Neu-Dargeln** brach nachts ein Großfeuer aus. Ausser einer großen Menge von Futter- und Getreidevorräten fielen dem Brande 17 Pferde und 77 Kinder zum Opfer. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Bohum, 13. Februar. Die große Möbelfabrikerei des Bohumer Vereins ist gestern nachmittags durch Feuer vernichtet worden. Die anschließenden Betriebswerkstätten konnten durch die Werkfeuerwehr gemeinsam mit der städtischen Feuerwehr gelöscht werden. Die ebenfalls durch Funkenflug sehr gefährdeten Häuser in der **Mühlhofer Straße** wurden gleichfalls durch die Wehren unter Wasser gehalten. Der Materialschaden ist sehr erheblich.

Loydpampier aufgelassen

Beracruz (Mexiko), 13. Februar. Der Hafeningang von **Beracruz** ist durch den Loydpampier „**Minister**“ der nachts bei Einfahrt im Schotman aufstieß, betriebsmäßig gesperrt. Die Passagiere wurden in Booten an Land gebracht. Man erwartet, daß das Schiff heute wieder loskommen kann.

Wieder Eisenbahnanschlag in Braunschweig

Hannover, 13. Februar. Der Streckenwärter auf der Strecke **Dehlesde—Helmstedt** entdeckte in der Nähe des Bahnhofs **Dehlesde** auf Braunschweiger Staatsgebiet einen Anschlag auf die Eisenbahnanlagen.

An der Verbindung zweier Schienen waren sämtliche vier Bolzenstrahlen von den Muttern gelöst und außerdem eine Schraube entfernt; die Schiene und Schmelze zusammenhängt. Die Schrauben waren seitlich vom Tatort verstreut. Vermutlich sind der oder die Täter geflohen, so daß der Anschlag mißglückt und eine unmittelbare Gefahr für den Zugverkehr nicht bestand. Es ist bislang nicht gelungen, die Täter festzustellen. Die Untersuchung ist in vollem Gange.

Grubenexplosion in der Mandchurerei

Bisher 34 Leichen geborgen. **London, 13. Februar.** In den **Jufun-Bergwerken** in der Mandchurerei hat sich eine furchtbare Explosion ereignet, durch die der größte Teil der aus 3000 Bergleuten bestehenden **Belegungsarbeiten** sofort einstellte, beschränkt man doch, daß viele Bergleute ihr Leben verloren haben. Aus dem Unglücksort sind bisher 34 Leichen geborgen worden. Die Bergleute, das bei der Bergwerksstatistik mehrere tausend Arbeiter lebend eingeschlossen worden sind, werden amtierseits noch nicht befristet.

Am weitere Reform der Arbeitslosenversicherung. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt: Ohne die auch von der Regierung bereits grundsätzlich als unwahrscheinlich bezeichnete Aufgliederung nach beruflichen Gefahrenklassen erscheint eine wirksame Sanierung der Arbeitslosenversicherung kaum denkbar. Man braucht sich nur die folgenden Zahlen vor Augen zu halten: Nach neueren Berechnungen entfallen auf 100 RM. Beitrag

208,55 RM	Unterstützung bei den Lohnarbeitern,
159,30	Unterstützung bei den Bauarbeitern,
65,-	Unterstützung bei den Metallarbeitern,
54,20	Unterstützung bei den Textilarbeitern,
36,30	Unterstützung bei den Angestellten.

Angestellter der Arbeitslosenversicherung sind in erster Linie die Bauarbeiter, die mehr als das Doppelte dessen zurückzahlen, was sie an Beiträgen einzahlen. Dann folgen die Landarbeiter. Leittragende sind die Metallarbeiter und die — schlecht entlohnten — Textilarbeiter. Die Hauptleittragenden aber sind die Angestellten! Sie tragen am stärksten zum Beitragsaufkommen bei und werden am schlechtesten unterstützt. Diese Benachteiligung der Angestellten ist nur möglich, weil die Versicherung lediglich auf die Verhältnisse der Arbeiter zugeschnitten ist, auf die Sonderstellung der Angestellten, insbesondere die längere Dauer der Arbeitslosigkeit, aber keine Rücksicht nimmt. Die Angestellten erwarten daher von der

Parallele in jedem Falle die Zulassung von Erbschaften und damit die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Berufstätigkeit ihrer Angehörigen. Die Berufstätigkeit ihrer Angehörigen wird wohl durch nichts beeinflusst als durch die Tatsache beweisen, daß man bei Angestellten bisher einzig und allein in der Arbeitslosenversicherung die Rückzahlung verweigert, während sie in allen anderen Zweigen der sozialen Gesetzgebung — Invaliditäts- und Altersversicherung, Krankenversicherung, Knappschaftsversicherung, Betriebsrentenversicherung, Arbeitsgerichte, Arbeitsort usw. — volle Anerkennung gefunden hat. Durch die enorme Erhöhung der Beiträge auf 62% ist der jetzige Zustand für die Angestellten noch unerträglich geworden. Bereits auf der im Juli 1929 tagenden ersten Sachverständigenkommission ist es im Sinne der Zulassung von Erbschaften liegende Anregung nur mit ganz schwacher Mehrheit (15:13) der Ablehnung verfallen. Die Angestellten hoffen daher, daß die nunmehrigen Sachverständigenkommission für die Berechtigung der Forderung der Angestellten zeigen werden.

Spiel und Sport

Rebra Sportvereinigung von 1924.

Am kommenden Sonntag beschäftigt die **R.S.V. 24** drei Mannschaften, und zwar treffen sich um 13.30 Uhr die Junioren vom **B.F.S.** Arten mit den unfrigen auf dem **R.S.V.-Platz**, anschließend spielen **B.F.S.** Arten 1. und 2. Cff kombiniert gegen andere 1. Mannschaft. Während man unseren Junioren ein kleines Plus einräumen kann, besteht im Spiel der 1. Cff gegen den **B.F.S.** weniger Hoffnung. Die 3. Mannschaft fährt nach **Carlsdorf**, um das fallige Rebra-Spiel auszutragen. Hier sollten unsere Vertreter als sichere Sieger zu erwarten sein.

Kirchliche Nachrichten

Sonntag Empöth, den 15. Februar 1931.

- Sonntagempöth: Die Liebe sucht nicht das Ihre (1. Korinther 13, 8-5).
- 10 Uhr: Hauptgottesdienst im Gemeindefaal. (Predigt über Joh. 11, 25-27-57).
- 12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefaal.
- 2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal.
- Wittmoor, den 18. Februar, abends 8 Uhr: 1. Hilfsdienst im Gemeindefaal.
- Wittmoor, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindefaal.
- Getauf wurde am 8. Februar Erich Otto Robert Jahn. Verheiratet wurde am 10. Februar der Kupfergießmeister Hermann Gebner im Alter von 77 Jahren.

Bunter Wochenpiegel.

Winterfreud und -leid. — Das böse Vierteljahr. — Pfannkuchen sind Trumpf. — Das Kinoprogramm als Feldschutz. — Ein Kabarett der Siebzehnjährigen. — Samum im Duden.

Der Winter ist doch kein so trostloser Gesell, wie man uns manchmal glauben machen möchte. Zieht er kein schmales Kleid aus Schnee und Eis an, dann jauchzt alles auf, was dem Winterport frohlich. Frühlicher noch als die großen Meister, die im Winterfestspielen an den großen internationalen Winterportspielen kämpfen, ist die Schilfjung, die mit dem Rodesskiffler ihren Hügel und mit Schlittschuh den kleinsten Teich zum Lummelplatz der Winterfreuden macht, ganz zu schweigen von den Schneeballschlachten usw.

Leider hat diese Winterportfreude unserer Jugend ein doppeltes Angeht. Nur wenig achtet der tollende Lebermut der drohenden Gefahren, und mit Schrecken lesen wir immer wieder von den zahllosen Unfällen, die der geliebten Freude, dem frohen Spiel in trarer Winterluft ein jähes Ende bereiten. Ebenso wie gegenüber den Gefahren des Verkehrs sollten auch im Winterport die Schuttmittel durch systematische Belehrung zu größerer Selbstdisziplin erziehen werden. Kein Mensch will der Jugend die Freude entziehen. Der Sport erzieht zu Mut und Geistesgegenwart. Wir wollen nur verhindern, daß die Lebererregungen zu Verhimmelung und Tollkühnheit verführen und dadurch blühendes Leben verkrüppelt oder gar vernichtet wird, welches unser Volk so bitter nötig hat.

Ein spater Winter ist für die Schulbuben ein gar befürchteter Gesell. Eigentlich sollten sie sich mit den Schulaufgaben recht gründlich befassen, denn das böse Vierteljahr vor Herrn ist im Gange, das über die Verlesung entscheidet. Nun, die Herrlichkeit ist zunächst ja vorüber, Taubend mehr liberal, und die Buben kommen hoffentlich nicht mehr damit zu spät, das bei den Winterfreuden versäumte Lernen nachzuholen.

Befinden wir uns mitten in dem bösen Vierteljahr für die Schilfjung, so ist es für die erwachende Jugend die tolle Zeit des Karnevals, der Mastenbälle. Was der Dalles sonst nie gestattet, das erlaubt die Mastenbälle. Der eine spielt den Maharadscha, die andere die Filmbüchse. Was bei der Demasierung von dieser Herrlichkeit noch übrigbleibt, merkt man noch. In der Zeit, wo das Vorbild im Sterben liegt, ist der Pfannkuchen höchster Trumpf. Am schmackhaftesten sind die mit Pfirsich- oder Orangennarmlade. Es soll aber auch welche mit Weizich- oder Sägelapfüllung geben. — Guten Appetit! — Dieses deutsche Karnevalsgebäck hat auch im Auslande Anfang gefunden, und selbst der berühmte Karneval in Rio de Janeiro ist nicht ohne die „haupte de Berlin“, wie man dort die Pfannkuchen nennt, denkbar.

Karneval hin, Karneval her. Ist unser Dasein nicht der tollste Falsch. Ein wider Taumel, der uns oft verwirrt; aber leider nicht immer ein fröhlicher Taumel. Im Gegenteil!

Ward und Totschlag sind alltäglich geworden, und die Menschen scheinen an diesen aufregenden Vorfällen beinahe Gefallen zu finden. Man lacht die Senfation. Der Mörder steht im Mittelpunkt des Interesses. Sein Wohl und Wehe wird von allen Seiten beleuchtet, wenn das Opfer schon längst vergessen. Wo bleibt das Mitleid mit den Opfern oder deren Hinterbliebenen?

Ward und Totschlag sind ein beliebter Unterhaltungstoff, besonders fällt das in den Großstädten auf. „Was spielen die Kinos?“, „Der Wortprophet Mary Dugan“, „Der Mann, der den Ward beug“, „Der Mörder Dimitri Karamaloff“, „Der Mann, der seinen Mörder sucht“, man könnte beliebig die Liste dieser schaurigen Titel verlängern. Kann die Kunst, auch wenn sie sich im „Kientopp“ präsentiert, nicht lebensbejahender und aufbauender sein? Begegnet man der Freude, dann wird sie leicht frivoll. Die echte, erquickende Freude ist gerade, wo sie am nötigsten gebraucht wird, sehr selten.

Auch der Wig, der dürftige Ertrag für innere Fröhlichkeit wird immer spärlicher, denn auch das Kabarett der Siebzehnjährigen, das ausgerechnet in Berlin in Erscheinung getreten, magen wir nur sehr geringe „Hoffnungen“ zu legen.

Einen guten Wig findet man am ehesten dort, wo ihn keiner sucht, oder dort der verehrte Leser den Duden für ein Witzblatt? Dort liest man aber auf Seite 626, Spalte 2, folgende Erklärung: „Witze (wider Mensch)“. . . vgl. „Abgeordnete“. Wenn wir nicht irren, ist der Duden eine Art amtliches Wörterbuch. Was sagen die Herren Abgeordnete zu dieser gebührenden Feststellung? Sie behaupten, nicht in bezug auf Abgeordnete könne sich nur auf Abgeordnete beziehen, die keiner Fraktion angehören. Einen anderen Sinn könne die Notiz im Duden gar nicht haben. Ist dieser Witz nicht mitterst gut? So möge denn diese bessere Feststellung unsere Wochenbeirachtung beschließen.

Börse und Handel.

Produktenmarkt. Weizen legte $\frac{1}{2}$ - $\frac{1}{4}$ Mark niedriger ein, Roggen eröffnete in allen Sorten $\frac{1}{4}$ Mark schwächer, und Hafer nur um $\frac{1}{8}$ - $\frac{1}{4}$ Mark gedrück. Das Vorkaufangebot hat sich allerdings in beiden Brotreisarten durchaus nicht vermindert. Für Weizen- und Roggenmehle waren die Mühlen nicht zu Preisstossessionen bereit. Der Haferabsatz gestaltete sich ziemlich schwierig, da am Plage größere Speichervorräte vorhanden sind und die zweite Hand eher zu Preisstossessionen bereit ist. Gerste blieb weiter ruhig.

Waremarkt.

Wittagebörsen. (Amtlich.) Getreide und Leisarten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März 206-270 (am 10. 2. 206-270), Roggen März 156-157,50 (157-158,50). Braugerste 204-213 (204-213), Futter- und Industrieernte 190-204 (190 bis 204). Hafer März 138-146 (139-147). Mais loco Berlin 37,50 (37,50). Weizenmehl 31-37,75 (31 bis 37,75), Roggenmehl 23,50-26,50 (23,50-26,50). Weizenmehl 11-11,25 (11-11,25), Roggenmehl 9,50-10 (9,50 bis 10), Weizenmehl 11-11,25 (11-11,25), Weizenmehl 11-11,25 (11-11,25). Kleine Mehlarten: Weizenmehl 19-21 (19-21), Weizenmehl 22 bis 24 (22-24,50), Weizenmehl 17-19 (17-19), Weizen 18 bis 21 (18-21), Weizenmehl 18,50-15,50 (18,50 bis 15,50), gelbe 21-24 (21-24), Gerstebello neue 53-58 (54-59), Weizenmehl 9-9,75 (9-9,75), Weizenmehl 15,50 bis 16 (15,50-16), Weizenmehl 6,00-6,80 (6,50 bis 6,80), Sojabohnen 18,70-18,90 (18,80-14), Kartoffelflocken — (—).

Kartoffelbreite. Umfängliche Kartoffelzengereichte je Zentner waggongefrei ab mitterlichen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirtschafskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin): Weisse 1,10—1,30, rote 1,20—1,40, Weizen und andere Kartoffelstärke 1,70—1,80 Mark. Subditkartoffeln 6/8 Pfennig.

In Bahia, der Stadt der tausend Geheimnisse (von E. R. Kellflug)

Was die Häuserformen von Bahia schon gesehen haben oder noch zu sehen, bleibt Geheimnis; in der unteren Stadt, das ist, am Hafen, sieht man die Menge vor einer mit Stroh ausgetriebenem zugehörigen Helligkeit, die in den Gängen zu Ehren irgendeines Heiligen nicht sich das Dimmen des Sonnenlichts jenseits der Straße. Aber in den kleinen Wuden wird beneideter Juckerobst ausgepackt und fließt draun in die Gassen, die Barbere in der Straße nebenan haben Hauptgeschäfte, und auf den Fußböden ihrer Wuden, die weder Fenster noch Türen haben, singeln sich die Wollhaare von Negern und die schwarzen Strähnen von Portugiesen irribelig in dem sonstigen gelblichen Dred. Am Kai sieht man ausgereichtes Stroh, das aufgeschichtet ist, und Regenwasser beleuchtet vom Boden aus die danebenstehenden Negern und ihre bereitwilligen Strohhüte mit silbernen Glatzhaaren. Sprachen schwären plöcklich, breites Lächeln, Deutsch auch, hinten fällt ein dritteliges Segel an Bahaim erlernen, das heißt eigentlich an Italien, aber das fällt hier in der fernem Zeit mit Deutschland in einen Topf. In den Cafés dort, lässig bedient und Trüge lösend in der schalen Wärme des Stroh, eine Menschheit der Welt, die von der Welt der Welt und von allen Seantigkeiten der Welt vertrieben Wuden entführen schwerer Dünste von frischen Wuden, von Bataten, Kokosnüssen und den wunderbaren süßen Mangos, deren Hauptzeit in einem unendlich kleinen Gamaad auf dem Zerpunt besteht. Papageier sehen nebenan auf Stangen und sperren nachsteigende Schwalben, ein kleines Anäuel von Garen und Füll, das man mit der Hand böllig umspannen kann, das sind wahrhaftig drei ineinander verflochtene Vögelchen, andere im haben schmal furchig und neugierig zugleich auf den durch das Gitter geflochtenen Fingern, Schilfkränze verbergen in einer Rie die schlaftrübe Daise, herrlich orange und blau aufglimmende winzige Kolibrisbälle und blendend glühende Käfer mit feinstorzer Schale liegen zu Gaus in Wäsegläsern, aus denen man bei uns die Bonbons verkauft. Der Negern, der den wackeligen Verstand hoch haben an der Decke hinhingehurtet, ist lässig zwischen Wuden und Papageiern, können eine Art von Käser, schmal und braun-ang gerumst, darunter genau 640 Meter lang, und das erreicht sich als die Haut einer Bielenklänge; man schließt, höchst angetert, in der Gasse, raucht in Fortissimo und tritt mit Vergnügen von einem Stein auf das andere; der süßen Getränke sind viele und der Süße nicht weniger. . .

*) Das im Volkverband der Wäckerfreunde, Wegemeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2, erscheinende illustrierte Reiseverle: Kellflug, „An den Wänden dreier Erdteile“, (388 S., in halbbinder gebunden 2,50 RM.) vermittelt ein so klarer und kontrastreiches Bild von den Gebräuchen der süßengeheirten Südamerikas, Südostasien und Afrika, daß es sich verdient, daraus vorliegenden charakteristischen Wäcker zu veröffentlichen.

Ein Gefühl des Wohlbehagens durchdringt den Körper nach dem Genuss einer Tasse guter Pfeilfäbrik. Denksich einfach ist deren Herstellung aus Wagg's Pfeilfäbrikwürfeln. Man läßt den Wäfel in $\frac{1}{2}$ Liter kochendem Wasser auf, und die köstlich mundebe Bouillon ist fertig. Man agite auf die gelb-rote Fäbung und den Namen Wagg!

Oeffentliche Stadtverordneten-sitzung!

am Montag, den 15. Februar 1931, abends 20 Uhr im „Weißen Roß“.

- Tagesordnung:**
1. Einführung und Verpflüchtung der Chefrau Selma Hankel als Stadtverordnete.
 2. Neuwahl des Büros: a) Stadtverordnetenvorsteher und Stellvertreter b) Schriftführer und Stellvertreter.
 3. Erlaßbeschlüsse für einzelne Kommissionen bzw. Deputationen.
 4. Kenntnismahme von der Niederschrift über die ordentliche Prüfung der städtischen Kassen am 31. 1. 1931.
 5. Antrag des früheren Bürgermeisters Müller auf Wiederbegewährung einer Pension.
 6. Gewährung eines Zuschusses zur Erhaltung der Landjägerstation in Nebra.
 7. Ausführung von Hoffmannsarbeiten am Naumburgerweg. Anschließend: Nichtöffentliche Sitzung.

Nebra, den 12. Februar 1931.

Der Stadtverordnetenvorsteher. Max

Bekanntmachung.

Die Ausschaltung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützung für den Monat Februar 1931 erfolgt am Montag, den 16. d. Mts., von 11 bis 12 Uhr in der Stadtkasse.

Nebra, den 13. Februar 1931.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Vespannung der Spritze und des Mannschafswagens der Feuerwehren von Nebra werden für die Zeit vom 1. Februar 1931 bis 31. Januar 1932 bestimmt:

1. Für die Spritze mit 2 Pferden: Landwirt Karl Hoffmann, als Reserve: Landwirt Hermann Mener.
2. Für den Mannschafswagen: a) Rittergut Nebra mit 2 Pferden, b) Landwirt Willi Brettnig mit 2 Pferden, als Reserve: a) Rittergut Nebra mit 2 Pferden, b) Landwirt Karl Müller mit 2 Pferden.

Dieselben haben ihr Gespann bei einem auswärtigen Feuer, zu welchem die freiwillige Feuerwehr ausreißt, derselben nach geliehener Aufforderung zur Verfügung zu stellen. Bei etwaiger Abwesenheit der Pferde von der Stadt hat der betreffende Verpflichtete sofort für ein anderes Gespann Sorge zu tragen.

Verträge gegen diese Anordnung ziehen die gesetzliche Strafe nach sich. Für die Festellung der Gespanne wird eine Entschädigung gezahlt, die von Fall zu Fall vom Magistrat festgesetzt wird. Nebra, den 12. Februar 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Freiwillige Feuerwehr Nebra

Zu unserem am Sonntag, den 15. Februar im Saale des Preussischen Hof abends 8 Uhr stattfindenden 54. Stiftungsfeste bestehend aus

Theater und Ball

ladet Freunde und Gönner hierdurch herzlich ein

Das Kommando.

Karten im Vorverkauf bei Herrn Buchhändler Schar, Saalplatz, nummeriert, 1 Mk., Estrade und Gallerie 50 Hg.

„Schweizerhaus“-Vitzburg

Sonntag, den 15. Februar et.

Maskenball

wozu freundlich einladet

Wirthmann

Schützengilde Nebra

Zu unserem am Dienstag, den 17. Februar, ab 8 Uhr abends stattfindenden

Fastnachts-Ball

laden wir Freunde und Gönner herzlich ein.

Das Direktorium.

Spare mündelreicher Stadt-Sparkasse Nebra a. bei der

Gefärbtes Kleid gespartes Geld und dann noch zirka

15% Preisermäßigung

auf alle Sachen zum Färben

bis 7. März

Vereinigte Färbereien und Wäschereien

G. m. b. H., Halle (Saale)

Annahme in **Nebra** bei Herrn Schneidmersr. Friedrich Grob, Reinsdorfer Str. 4

Lebiger, kräftiger **Pferdeknecht**, nicht unter 20 Jahren (eher älter) sucht zum sofortigen Eintritt

Furch, Querfurt.

Drucksachen aller Art in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die Buchdruckerei W. Sauer Roßleben

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung im Umfang von 64 Seiten 34 Seiten Mode 30 Seiten Unterhaltung.

Über 190 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Monatlich für Schneiderei zu haben in allen Buchhandlungen.

Nebræ Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebræ

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.

Geschäftsstelle in Nebræ: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:

Stadtsparkasse Nebræ — Bantverein Arten.

№ 20

Sonnabend, den 14. Februar 1931.

44. Jahrgang

Außenetat angenommen.

In Stelle von Stöhr Kardoff wieder Vizepräsident. Präsident Wöbe eröffnete die Reichstagsungung um 3 Uhr. Die Bänke der Rechtsopposition sind auch weiterhin leer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Abg. Dr. Weber (Dt. Staatsp.), ob die fehlenden Abgeordneten der Rechten Urlaubsgelände eingereicht hätten. Abg. Blüthner (Soz.) protestierte gegen die Demagogie des nationalsozialistischen Antrags, die erparten Diäten den Ermerlosten zuzuführen.

Präsident Wöbe erwidert, daß Urlaubsgelände nicht vorliegen. Im übrigen hätten die jetzt abwesenden Abgeordneten der Rechten am 1. Februar ihre Diäten für den Monat Februar erhalten, so daß bis jetzt kein Verzug erspart worden sei. (Die Strafbüße werden erst am Ende gemacht.) Das Haus nimmt dann zunächst

die Wahl eines Vizepräsidenten an Stelle des bisherigen Vizepräsidenten Stöhr (Nat.-Soz.) vor, der bekanntlich kein Amt niedergelegt hat.

Abg. Lecht (Von. Volksp.) schlägt den Abg. von Kardoff (Dt. Volksp.) vor.

Nach kurzer Debatte findet die Wahl durch Auszählung statt.

Abg. v. Kardoff wurde mit 258 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt, während 56 Stimmen auf den Abg. Pieß (Komm.) fielen. 32 Zettel waren unbeschrieben. Abg. v. Kardoff nahm die Wahl mit Dank an.

Es wurden dann die Bestimmungen beim Haushalt des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Ein kommunistischer Antrag auf sofortige Einstellung der Young-Zahlungen wird mit 314 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt; ebenso verläßt ein Antrag des Landvolks, die im Young-Plan vorgeesehenen Schutz- und Revisionsmöglichkeiten sofort zu ergreifen und die nötige Beilegung der endgültig als untragbar erscheinenden Reparationslasten in Angriff zu nehmen, mit 247 gegen 124 Stimmen bei zwei Enthaltungen der Ablehnung. Dem Vorschlag des Auswärtigen Ausschusses entsprechend wird

ein Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, der eine Denkschrift über die bisher an den früheren Feindbund durchgeführten Leistungen fordert.

Entsprechend einem Antrag des Abg. Effer (Ztr.) geht das Haus dann über die von den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen zur Außenpolitik eingebrachten Anträge gegen Kommunisten und Landvolk zur Tagesordnung über.

Angenommen wird dann eine Entschädigung, die Maßnahmen fordert zur Beilegung des einseitigen, den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsschuldenrestes des Verfallens durch Berufung eines internationalen Ausschusses von anparitätischen Sachverständigen.

Einmütige Annahme fand die Entschädigung, durch ein Ausschusskommen mit Panama die Möglichkeit zu schaffen, daß Schiffe wie die unter fremde Flagge gebaute „Vogland“ von der Meistbegünstigung ausgenommen werden.

Es folgt die namentliche Abstimmung über einen Antrag der Christlich-Sozialen und Konfessionellen, der die Reichsregierung auffordert, baldmöglichst mit den beteiligten Mächten in die

Erörterung der Tributlasten einzutreten. Der Antrag wird mit 314 gegen 46 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Ministergehalt wird gegen die Kommunisten bewilligt.

Es wird dann das Ergebnis der Schriftführerarbeiten, die am Freitagabend vorgenommen worden sind, bekanntgegeben. Denen Nationalsozialisten (Ztr.) mit 260 Stimmen.

Es wurde dann der Antrag des Abg. Effer (Ztr.) angenommen, der die Reichsregierung auffordert, baldmöglichst mit den beteiligten Mächten in die

Erörterung der Tributlasten einzutreten. Der Antrag wird mit 314 gegen 46 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Ministergehalt wird gegen die Kommunisten bewilligt.

Es wird dann das Ergebnis der Schriftführerarbeiten, die am Freitagabend vorgenommen worden sind, bekanntgegeben. Denen Nationalsozialisten (Ztr.) mit 260 Stimmen.

Es wurde dann der Antrag des Abg. Effer (Ztr.) angenommen, der die Reichsregierung auffordert, baldmöglichst mit den beteiligten Mächten in die

Erörterung der Tributlasten einzutreten. Der Antrag wird mit 314 gegen 46 Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Ministergehalt wird gegen die Kommunisten bewilligt.

Es wird dann das Ergebnis der Schriftführerarbeiten, die am Freitagabend vorgenommen worden sind, bekanntgegeben. Denen Nationalsozialisten (Ztr.) mit 260 Stimmen.

zunächst daran auf die beteiligten Stellen im Sinne der 10 gekennzeichneten und vom Reichstag begünstigten allgemeinen Einstellung zum Subventionensystem einzuwirken. Weiter betont der Redner, daß das Ministerium der wirtschaftlich wichtigsten Beilegung der öffentlichen Aufträge auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit widmen werde. Der Redner verweist ferner im Zusammenhang mit Fragen des mittelständischen Gewerbes auf jene fortwährenden Bemühungen zur Bekämpfung der sogenannten Schwarzarbeit und des Wettbewerbs der Regiebetriebe der öffentlichen Hand.

Abg. Tarnow (Soz.)

erklärt, daß man für die Kritik die Regierung nicht verantwortlich machen könne, wenn es auch fraglich sei, ob sie alle Möglichkeiten zu ihrer Beeinflussung ausgenutzt habe.

Die Neugegestaltung der Osthilfe

Veränderte Gegebenheiten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsamt der Reichs- und Preußens über die neue Osthilfe sind nunmehr zum Abschluß gekommen und werden demnächst vom Reichskabinett beraten werden. Dabei soll der Silberbergische Plan, nämlich die Ausbarmachung der Aufbringungsanlage aus der Industrie, zur Grundlage für die Entschädigung der Osthilfe des deutschen Ostens gemacht werden. Die Bank für deutsche Anleiheobligationen soll einen Betrag von mindestens 500 Millionen RM. bereitstellen, und zwar für die Jahre 1931 bis 1936.

Nun ist, daß das Osthilfegebiet über die bisherigen der Osthilfe unterliegenden Gebiete ausgedehnt wird, und zwar auf die gesamten Provinzen Pommern, Brandenburg und Niederschlesien sowie auf die Länder Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Zur Durchführung der neuen Maßnahmen ist die Errichtung von neuen Kreditstellen in Aussicht genommen. In den Rechnungsjahren 1931 bis 1937 werden durch das Reich je 36 Millionen RM. für Entschädigungszwecke eingekauft werden. In den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 werden ferner jeweils 50 Millionen RM. zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung eingekauft. Ueber diese Maßnahmen wird ein besonderer Gehörtsauftrag vom Reichsratspräsidenten noch vorgelegt werden.

Bei der Entschädigung wird künftig Voraussetzung sein für die Gewährung eines Zuschusses oder einer Beihilfe, daß der Schuldner einen Teil seines Vermögens an das Reich zediert. Zur Durchführung und besseren Überwachung der Entschädigungsmaßnahmen sollen sogenannte Siedlungsverbände gebildet werden, in denen sich die Schuldner freiwillig oder auf Wunsch der Regierung zwangsmäßig zusammenschließen. Diese Siedlungsverbände haben nader mit den Kreditstellen über die Abhebung der Schulden Abrechnungspläne aufzustellen, die der Genehmigung der Bank für Anleiheobligationen unterliegen.

Für die bisherigen Osthilfegebiete sind noch besondere Erleichterungen vorgesehen. Dazu gehört außer der landwirtschaftlichen Siedlung noch eine Lastenentlastung, d. h. Frachterleichterung und Senkung kommunaler Lasten. Ferner wird die Reichsregierung für die Rechnungsjahre 1932 bis 1936 jährlich mindestens 20 Millionen RM. zur Behebung der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Notlage zur Verfügung stellen. Hierzu wird die Reichsregierung den Jünser für landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten auf äußerste verschließen kann.

Die Darlehen, die bisher in diesen Osthilfegebieten zur Verfügung gestellt sind, werden bis auf den Zeitraum von 25 Jahren gegenüber bisher von 15 Jahren verlängert. Zum Bau von neuen Eisenbahnhöfen und Verkehrsstraßen ist ein Betrag von 150 Millionen RM. je nach Bedarf für die nächsten Jahre eingezogen, der aus einer Anleihe genommen werden soll. Es sind demnach neue Bahnhöfen in Ostpreußen als auch in Ober- und Niederschlesien und der Grenzmark Posen-Westpreußen projektiert. Schon bestehende Linien sollen zweigleisig ausgebaut werden. Die Landreise sind verpflichtet, den zum Bau der Eisenbahnhöfen erforderlichen Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nur in besonders unbedeutenden Fällen soll hieron abgesehen werden. Beschäftigt ist ferner ein Gehörtsauftrag über die Veränderung des Aufbringungsgesetzes einzubringen.

Eine Erklärung der „Grünen Front“

Berlin, 13. Februar.

Zu dem Stand der Agrarpolitik nimmt die „Grüne Front“ in einer Erklärung u. a. wie folgt Stellung: Nachdem am 30. Januar nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen dem Reichsminister, dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und der Grünen Front eine grundsätzliche Uebereinstimmung über weitere landwirtschaftliche Maßnahmen erzielt worden ist, erwartet die deutsche Landwirtschaft seit diesem Tage die Angriffsnahme der in Aussicht gestellten Maßnahmen seitens der Reichsregierung.

Die Grüne Front wird sich in ihrem Kampf, der um eine gerechte Sache, nämlich um die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz von Millionen deutscher Bauern geht, durch noch so heftige Angriffe nicht beirren lassen, gleichgültig von welcher Seite sie kommen mögen. Sie ist sich in ihren Forderungen stets der Solidarisiertheit der deutschen Bauernschaft mit den übrigen Berufsständen bewußt geblieben und wird bei aller Kampfschloffenheit auch in Zukunft von der Linie festerer Belonnenheit nicht abweichen.

Die rechtzeitige Vermittlung ihrer sachlich begründeten Forderungen wäre für die deutsche Landwirtschaft von unanschätzbarem Vorteil gewesen, während die verpöbelte Einseitigkeit und die unzulängliche Zubereitungsqualifizierung der Arbeiter der Grünen Front nach wie vor unzulässig urteilen, der deutschen Landwirtschaft sehr teuer zu stehen gekommen sind und gleichzeitig die Interessen anderer Berufsstände gefährdet haben.

„Arbi et orbi“

Postfach des Papstes im Rundfunk.

Berlin, 13. Februar.

Kurz nach der angekündigten Zeit trat der Papst in der neueröffneten Funktion der Telefonkonferenz vor das Mikrofon, um in lateinischer Sprache eine Postfach an die ganze Welt zu richten, die von allen europäischen Sendern übernommen wurde. Er richtete hiesige Worte an die kirchliche Hierarchie, an die Ordensleute, die Missionare, alle Gläubigen und Ungläubigen und die bedrängten Brüder, an die Regierungen und ihre Völker, an die Reichen und Armen, die Arbeiter und Arbeitnehmern, an alle Bedrängten und Notleidenden. Allen wünschte er den Frieden des Herrn und spendete ihnen den Apostolischen Segen.

Die Ansprache des Papstes, die etwa zehn Minuten dauerte, wurde nacheinander in die wichtigsten Weltsprachen übertragen. Vor der Ansprache des Papstes richtete Marconi, der die Weltfunkstation eingeleitet hat, einige Worte an die Hörer, wobei er darauf hinwies, daß die Welt immer schon auf die Worte gehört habe, die von dieser Stelle aus gesprochen wurden, daß aber erstmals die Welt diese Worte zu gleicher Zeit vernahmte.

Polizeiaktion gegen Nationalsozialisten

Hausdurchsuchungen in Geschäftsstellen und Führernotungen.

Berlin, 13. Februar.

Nach einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten wurde in Erledigung eines in der Festlegungs-Schuldenbuch, Schuldenbuch 31, erangenen Befehles des Reichsjustizministers beim Landgericht I Berlin, Landgerichtspräsident Dr. Beckmann, eine Durchsuchung der Geschäftsräume des sogenannten obersten Staatsführers, Hauptmann a. D. Stennes, seiner Privatwohnung sowie der Geschäftsräume des Gauleiters Berlin, Hedemannstraße 10, ferner der Wohnung des Gauleitersführers, der anderen Mitarbeiter und der für den Wohngebiet der genannten Personen zuständigen Bezirks- und Sektionsleiter der NSDAP, von Beamten der Politischen Polizei vorgenommen.

Die Durchsuchung beweckte die Feststellung des Aufenthaltes der genannten Becker und Hausfrau. Die Ermittlungen nahmen zur Zeit ihren Fortgang. Ihr Ergebnis kann noch nicht mitgeteilt werden.

Deutschnationale und Reichstag.

Eine offizielle Erklärung der DNVP.

Berlin, 13. Februar.

Die amtlichen Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei enthalten eine Stellungnahme zu der jetzt geschaffenen Lage, in der es heißt: Der Reichstag der Deutschnationalen, sich an den weiteren parlamentarischen Arbeiten des Reichstags nur noch in besonderen Fällen zu beteiligen, bedeutet nicht, daß die Fraktion dem Hause grundsätzlich überhaupt fernbleibt.

Die Deutschnationalen werden im Parlament nur dann eingreifen, wenn eine Möglichkeit besteht, die Aufbaupolitik zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zu klären, die Interessen der nationalen Wähler zu wahren oder verhängnisvolle Beschlüsse zu durchkreuzen. Angeht es der Demokratie, mit der in der Regierungsprelle allen möglichen Gerichten über angebliche Schritte der nationalen Opposition Raum gegeben wird, muß darauf hingewiesen werden, daß die Opposition selbst bestimmen wird, was weiter zu geschehen hat. Die Fraktion wird von Fall zu Fall selbst entscheiden, welche Haltung sie dem Reichstag gegenüber einnimmt. Sie hat jetzt beschlossen, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses über die verfehlte Roggenanleiheaktion der Regierung weiter tätig bleiben sollen, weil es sich bei diesem deutschnationalen Vorstoß darum handelt, die landwirtschaftlich-schädliche Mißwirtschaft der staatlichen Getreideregierung und in einem besonders trafen Fall den verhängnisvollen Einbruch des Marxismus auf die Regierung Brüning aufzudecken.

Das höhere Schulwesen in Preußen.

Eine Rede des Kultusministers im Preussischen Landtag.

Berlin, 13. Februar.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags äußerte sich Kultusminister Grimme über das höhere Schulwesen. Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates seien Entschärfungsmaßnahmen auch im höheren Schulwesen nicht zu vermeiden. Die Frage könne nur sein, wie man solche Sparmaßnahmen vermeiden könne, die pädagogisch und bildungspolitisch überaus schädlich seien, wie etwa die Erhöhung der Klassenfülle und der Pflichtstundenzahl.

Es sei zu prüfen, ob nicht eine Hinausschiebung der dienstlichen Entlastung für ältere Lehrer und eine Herabsetzung der Wochenstunden für die Schüler Sparmaßnahmen seien. Die Aufbaupolitik, deren Wert verfehlt werden ange-



burg daß er es nach länder Bergbau führung der Un- schuß des auch en erklärt der daß in der heu- die Gelunde um die insbesondere die Anträge auf jeder Zusammen- wemelten wurden auf sich besonders schusses im Jahre en nur dort der herwirksame hsting wiederholt in Grundriß bei Behandlung der geben. Es be- schaff örtlich zer- nehmen und im